

Hauptabteilung INT
Team Asien



Konrad
Adenauer
Stiftung

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

Wahlen in Afghanistan Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie?

Autor:

Dr. Babak Khalatbari

Ort/Datum:

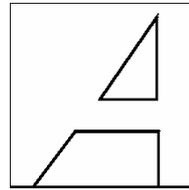
04.09.2005

Länder- / Regionalprogramm:

Zentralasien

Länderbüro Afghanistan
Dr. Babak Khalatbari
Wazir Akbar Khan, No 291, 10th Street
Kabul, Afghanistan

Tel.: +93 (0) 70 - 280745 (Mobil)
E-Mail: kas.kabul@ceretechs.com



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Wahlen in Afghanistan Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie?



Wer vor jedem Schritt zu lange überlegt, verbringt sein Leben auf einem Bein", lautet eine orientalische Weisheit. Dies scheint auch für die Parlamentswahlen (Wolesi Jirga) in Afghanistan zu gelten. Demokratie braucht eben nicht nur eine Verfassung mitsamt eines Präsidenten, sondern auch Parlamentswahlen. Doch wie schon so oft in der Vergangenheit, gehen am Hindukusch bei diesem wichtigen Thema die Meinungen so weit auseinander, wie die Hügel des Gebirges unterschiedlich hoch in den Himmel ragen: Es wird Zeit, meinen die Apologeten, es ist zu früh, sagen die Antagonisten. Doch im Vordergrund steht mittlerweile nicht mehr die Gretchenfrage, ob gewählt wird oder nicht, sondern wie die Wahlen am 18. September 2005 ausgehen werden. Ob in der Lobby im Intercontinental Hotel in Kabul, beim Bäcker im Stadtteil Wazir Akbar Khan oder auf dem bunten Bazar in Shar-e-Nau, alles dreht sich um die Wahlen. Jeder kennt einen Kandidaten oder ist selbst Kandidat. Kein Wunder, ist doch das Salär von vorgesehenen 3.000 US-Dollar für afghanische Verhältnisse als astronomisch hoch anzusehen. Im Vergleich verdient ein Universitätsprofessor lediglich nur 3.000 US-Dollar per annum. Doch die Verdiensthöhe ist sicherlich gerechtfertigt, da man sich so erhofft, der ausufernden Korruption nicht auch noch im Parlament Tür und Angel zu öffnen.

AFGHANISTAN AM VORABEND DER WAHLEN

Die Parlaments- und Regionalwahlen sind zweimal verschoben worden, und nun bereiten sich 12,4 Millionen registrierte Afghanen auf die Wahl vor. Bei der komplizierten Vorbereitung zeigte sich die weltweite Anteilnahme: Spezialfirmen in Kanada produzierten die 140.000 Wahlurnen, China stellte die Wahlstationausrüstungen, Firmen in Österreich und Großbritannien druckten die 40 Millionen Stimmzettel und viele Staaten beteiligten sich an der Finanzierung der Wahl,



die viel teurer als geplant geworden ist. Die Bundesregierung unterstützt beispielsweise die Parlamentswahlen in Afghanistan mit ca. 5 Millionen Euro. Die Gesamtkosten für die Wahl werden auf 120 Mio. € geschätzt. Für die Organisation der Wahlen sind die UN verantwortlich, insgesamt 14 Deutsche werden zu den internationalen Wahlbeobachtern gehören. Damit alle Unterlagen rechtzeitig eintreffen und Pannen wie bei der Präsidentenwahl ausbleiben, werden 120.000 Wahlhelfer im Einsatz sein, rund 1.000 Trucks, 2.300 Jeeps, zwei Dutzend Helikopter und Flugzeuge sowie eine Armada von Eseln dem Transport dienen, so dass die Logistik bis zum entferntesten Landeszipfel gewährleistet sein wird. Im Gegensatz zu den Präsidentenwahlen, bei denen noch 50% der Wahlhelfer aus anderen Staaten stammten, stellen bei den Parlamentswahlen nun die afghanischen Mitarbeiter rund 90% aller Beteiligten. Die Ummengen von Wahlunterlagen werden von einer extra für diesen Vorgang gecharterten Antonov-24, einem der größten Flugzeuge der Welt, in fünf Flügen von Österreich nach Kabul transportiert. Eine Boeing-Maschine befördert die in Großbritannien hergestellten Wahlzettel in 15 Flügen in die afghanische Hauptstadt.

Alles in allem rund 2.800 Kandidaten, lediglich 344 von ihnen sind Frauen, kandidieren für die insgesamt 249 Parlamentssitze. Weitere ca. 3.200 Männer und nur 285 Frauen kandidieren für die 420 Sitze in den Provinzräten. Bei einem Gespräch mit dem Justizminister Sarwar Danish bestätigte dieser gegen Anfang August 2005, dass bislang 76 Parteien registriert worden sind und sich weitere 24-26 Parteien im laufenden Registrierungsprozess befinden. Wegen der ca. 65% Analphabetenrate wurde von der Wahlkommission an alle Kandidaten Symbole verteilt. Für die Wahl in die Wolesi Jirga befinden sich die Symbole in einem Quadrat, für die Wahl in die Provinzräte befinden sich die Symbole in einem Kreis. In allen 34 Provinzen werden die Räte gewählt, wobei es einen Verteilungsschlüssel gibt. In Provinzen mit weniger als 500.000 Einwohnern werden 9 Abgeordnete gewählt. In Provinzen mit 500.000 bis 1 Millionen Einwohnern werden 15 Abgeordnete, in Provinzen mit 1 bis 2 Mio. werden 19 Abgeordnete, in Provinzen mit 2 bis 3 Mio. werden 23 Abgeordnete und in Provinzen mit mehr als 3 Mio. Einwohnern werden 29 Abgeordnete gewählt. *Seyed Abdolghafar Patscha* hatte mit dem Symbol des doppelten Löwen noch Glück, denn es werden auch Regenschirme verteilt. Ganz sicher werden wegen der zugelosten Symbole einige Kandidaten jedoch nicht sprichwörtlich im Regen stehen, denn erstens wurden die Sinnbilder zugelost und zweitens stellen sie gängige Alltagsgegenstände dar. Entsprechend der afghanischen Verfassung, sind 1/4 aller Sitze für Frauen und 10 Parlamentssitze für die Kuchi, die afghanischen Nomaden, reserviert. Doch wieviel zählt ein mit einem Gesetz beschriebenes Stück Papier in einem Land, das über 20 Jahre lang mit Waffengewalt regiert wurde? Die Wahlen werden es zeigen, doch schon im Vorfeld tun sich Abgründe zwischen Anspruch und Realität auf.



DEMOKRATIE, DEMODIKTUR ODER DIKTATOKRATIE ?

Die Kluft zwischen der erwünschten Demokratie und dem vorhandenen Spannungsfeld aus politischer Macht, gewinnbringender Drogenökonomie, ausufernder Kriminalität und der im Endstadium befindlichen Korruption lässt es nicht zu, eine Brücke in eine bessere Zukunft zu schlagen. Die Parlamentswahlen scheinen schon im Vorfeld von schrecklichen Ereignissen und Ungereimtheiten konfrontiert, und dem kritischen Betrachter drängen sich Ersatzworte für das Schlagwort Demokratie auf. Demodiktur und Diktatorokratie sind zwei Wortschöpfungen, die versinnbildlichen, dass zum einen die demokratischen Wahlen bezüglich der Kandidatenauswahl bei Personen wie Mohammad Karim Khallili, Haji Mohammad Muhaqeq, Ostad Rabani, Abdul Rab Rasoul Sayaf und Mohammad Yunes Qanuni, die allesamt politische Schwergewichte mit teilweise unrühmlicher Vergangenheit sind, einen diktatorischen Anstrich erhalten. Und zum anderen, dass durch die Unklarheiten vieler Umstände diktatorisch bestimmt wird, wie und wer gewählt wird. So mutet es sehr beklemmend an, dass die sechs Personen

beinhaltende Interim Afghan Electoral Commission (IAEC) in Kooperation mit dem Joint Electoral Management Body (JEMB), bestehend aus den Mitgliedern des IAEC sowie internationalen Beobachtern, nachträglich Kandidaten von der Wahl ausschließen will. Dies erscheint bei einigen Kandidaten mit fragwürdigem Hintergrund nachvollziehbar, denn sicherlich wird sich niemand innerhalb kürzester Zeit vom Saulus zum Paulus wandeln, aber warum geschah dieser Vorgang nicht schon in der Nominierungsphase vom 30. April bis 19. Mai oder spätestens zu dem Termin der endgültigen Kandidatenliste am 12. Juli diesen Jahres?

Damals wurden lediglich 11 Personen aus einer Gruppe von 208 unter Verdacht stehenden nominierten Kandidaten von den Wahlen ausgeschlossen. Derzeit kursieren Gerüchte, dass in den nächsten Tagen rund 20 Kandidaten die Nominierung nachträglich aberkannt wird, was eventuell zu weiteren Unruhen führen kann. Das Datum für die Bekanntgabe der Disqualifizierung soll der 11. September sein. Ein symbolträchtiges Datum, was unglücklicher nicht hätte gewählt worden sein können. Mit großer Gespanntheit wird in Afghanistan verfolgt werden, wer disqualifiziert wird und ob man sich bei diesem Vorgang auch an die "großen Fische" heranwagt oder lediglich ein paar "Opferlämmer" aus der zweiten Reihe zur politischen Schlachtbank führt.

Wie auch immer, die Kandidaten, die zur Disqualifizierung anstehen, werden am Wahltag auf Plakaten die Wände der rund 26.500 Wahlstationen säumen, um das Ausmaß ungültiger Stimmen so gering wie möglich zu halten. Gewählt wird am 18. September von 6:00 Uhr bis 16:00 Uhr. Seit dem Ausbruch des afghanischen Wahlkampfes am 17. August 2005 in den 34 Provinzen sind bislang mehr als 10 Kandidaten getötet worden und in fast allen Provinzen außerhalb von Kabul werden Frauen von Kriegsfürsten, Drogenbaronen und Mitgliedern der Taliban durch permanente Drohungen und Gewalt an der Teilnahme an dem politischen Prozess systematisch behindert. „Die Kandidatinnen in Afghanistan stellen sich gegen die Tali-



Plakatflut an der Sarake Wazir Akbar Khan

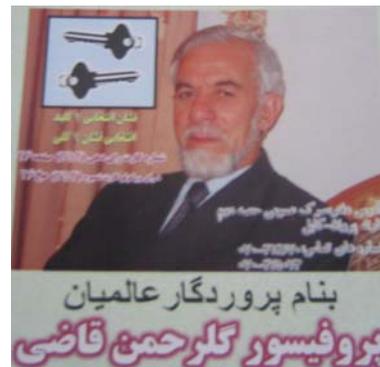
ban, verschiedene Kriegsherren und konservative gesellschaftliche Normen, die sie vom öffentlichen Leben ausschließen wollen“, erklärte *Nisha Varia*, Mitarbeiterin der Asien-abteilung von Human Rights Watch. Weitverbreitete Einschüchterungen von Frauen und allgemeine Unsicherheit bedrohen die Rechte der Frauen, an den Wahlen teilzunehmen, selbst zu kandidieren und überhaupt selbständig am öffentlichen Leben teilzunehmen. Frauen, die politisch aktiv sind oder sich für Frauenrechte einsetzen, können nur in einem Klima der Angst agieren. In vielen Gegenden trachten lokale Armeekommandanten danach, die Wahlergebnisse zu beeinflussen, indem sie Wähler und Kandidatinnen einschüchtern. „*Ich habe große Angst, aber nicht vor al-Qaida und den Taliban, sondern vor den Kommandanten, die selbst oder durch Marionetten zur Wahl antreten*“, erklärte eine Parlamentskandidatin im Rahmen der von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten RTA-Sendung "Nega". Durch die investigative und unabhängige Berichterstattung hat sich das Magazin, das übersetzt "Der Blick" heißt, in Afghanistan seit 2003 etabliert und ist zu

einer festen Größe geworden. "Die Qualität besonders kritischer Themen läßt sich nach der Sendung in Anzahl der Drohungen ablesen", teilte uns letzte Woche ein NEGA-Redakteur mit.



KAS GOES PARLIAMENT

Generell ist die Konrad-Adenauer-Stiftung bei der ersten Parlamentswahl nach der Taliban-Ära sowohl mit vielen Kandidaten als auch Wahlhelfern bestens bekannt. Im Juni 2005 erfolgte eine Delegationsreise durch den Hamburger Senat, den Bundestag und den Bayerischen Landtag mit einer Vielzahl von hochrangigen Vertretern afghanischer Parteien.¹ Das Spektrum war breit gefächert und reichte von königstreuen Royalisten über Vertreter neuer Jugendparteien, ehemaligen Kommandanten bis hin zu dem Anführer der sogenannten Gucci-Mudschaheddins der National Islamic Liberation Front Afghanistans (NIFA). Ferner kandidiert ein NCPR-Professor für die Parlamentswahlen in Afghanistan. Seit Juni 2003 forscht *Golrahman Qazi* für den KAS-Partner "National Center for Policy Research" (NCPR) im Bereich Rechtswissenschaft zu dem Thema "Rule of Law in Afghanistan". Das NCPR wurde von der KAS im Jahr 2002 gebaut und besteht aus drei Abteilungen, von denen eine von ihm geleitet wird. Obwohl parteilos, stehen die Chancen für den "Herr der Schlüssel", so sein Wahlsymbol, äußerst gut und der für Demokratie, Frauenrechte und Korruptionsbekämpfung ein-stehende Prof. Qazi rechnet sich Chancen für einen Parlamentssitz aus. Eine weitere NCPR-Forscherin engagiert sich ebenfalls im Wahlkampf. Frau Nasrin Abu-Bakr Gross veranstaltete am 27.08.2005 in Kabul einen Workshop für afghanische Wahlkandidatinnen aus den Provinzen Ghazni, Wardak und Paktia. Ziel des Projektes ist es speziell, die weiblichen Kandidatinnen zu vernetzen und ihnen eine Empowerment-Strategie für den Wahlkampf zu empfehlen.



STARKES MILITÄRISCHES VORGEHEN SOLL DIE WAHLEN SICHERN

Mindestens ein US-Soldat und mindestens 16 afghanische Kämpfer starben in einem Feuergefecht, als Rebellen Ende August eine Patrouille angriffen, um in Afghanistan die bevorstehenden Parlamentswahlen durch Terrorakte zu sabotieren. Der GI war insgesamt das 64. Opfer, das die USA in Afghanistan seit 2005 zu beklagen haben. Im Jahr 2004 wurden 52 US-Soldaten getötet, verglichen mit 47 in 2003 und 43 toten US-Soldaten in 2002. Bislang sind dieses Jahr leider schon 900 Personen durch politische Gewalt zu Tode gekommen; im gesamten Vorjahr waren es nur 850. Grund für die Schreckenszahlen ist eine veränderte Strategie der restlichen Talibankräfte. In gezielten Guerilla-Aktionen nach dem Prinzip "*Hit & Run*" verpassen die kleinen Terrortrupps mit neuen moderneren Waffen immer wieder dem Land neue Nadelstiche und erzeugen durch politisch motivierte Mord- und Bombenanschläge, Entführungen und Enthauptungen eine einschüchternde Drohkulisse. Speziell in den Provinzen Kandahar und Hellmand werden in mobilen Ausbildungslagern neue Kämpfer ausgebildet, um sie dann in kleinen Trupps in nördliche Provinzen wie Baghlan, Laghman und Parwan einsickern zu lassen. Verlautbarungen einiger Taliban-Funktionäre wie beispielsweise *Mullah Dadullah*, *Maulavi Obaidullah* und *Jalalludin Haqqani* nach, will man gegen die USA neben dem Irak eine zweite Front eröffnen. Dies würde bedeuten, dass die unzähligen Attacken der letzten Zeit nach der Wahl nicht abnehmen sondern weiter fortgesetzt werden würden. Das US-Militär hat mittlerweile auf diese veränderte Strategie längst reagiert und trägt die bewaffneten Konflikte in das Taliban-Herzland, anstatt auf die altbewährte Territorialkontrolle zu setzen. Erste Erfolge wurden so erzielt und die rund 20.000 Soldaten der internationalen Militärkoalition sowie die 11.000 Nato-Soldaten werden den in zwei Wochen stattfindenden Wahlen durch Ihre Präsenz eine gewisse Basissicherheit verleihen. Trotzdem herrscht im Land gerade nach der

¹ Mohammad Zarif Naseri (National Afghanistan Tribal Solidarity Party, NATSP), Hamed Gailani (National Islamic Front of Afghanistan, NIFA), Seyed Jawad Hosseini (Afghanistan Political Party YAPP Young), Abdullah Mojaddidy (Afghan National Liberation Front, ANLF), Humayoun Shah Asefi (Afghanistan), Dr. Seyed Ali Mosawi (Islamic Democratic Party IDP) und Abdul Baqi Banwal (Universität Kabul).



Ermordung eines britischen Straßeningenieurs, zahlreicher afghanischer Polizisten sowie einem japanischen Touristenpärchen nicht nur bei den vielen Zehntausend ausländischen Entwicklungshelfern eine übermäßige Vorsicht nach dem Motto "*Better Safe than Sorry*". Zudem hat die Taliban in den letzten Jahren einen Hang zu symbolträchtigen Taten gezeigt und von denen werden demnächst viele stattfinden. Am 09. September ist der Todestag des ehemaligen Anführers der Nordallianz, Ahmed Shah Massoud, und am 11. September jähren sich die schrecklichen Anschläge auf die Twin Towers und das Pentagon in den Vereinigten Staaten zum vierten Mal. Im Gegensatz zum Irak ist der klassische Selbstmordanschlag jedoch in Afghanistan eher ein Markenzeichen von zugereisten "Arabo-Dschihadis". Die Spezialität der neuen hiesigen Anschlagdimensionen sind eher selbstgebastelte Sprengladungen, die vom Militär "*Remote Controlled Improvised Explosive Device*" (RCIED) betitelt werden oder Panzerfaustschüsse und Handgranatenwürfe gegen Einrichtungen der Vereinten Nationen oder unliebsamen NGOs.

GEWINNER STEHEN SCHON FEST

Die Vorbereitung auf die Parlamentswahl bereitet manchen Leuten großen Spaß. Keine Wand in Kabul und den Provinzen ist vor den Fluten von Wahlplakaten sicher, und es machen schon politische Witze die Runde, dass alle Kandidaten, die nicht ins Parlament einziehen, wegen Sachbeschädigung oder Umweltverschmutzung verhaftet werden sollten. Trotz der unüberschaubaren Überflutung von Wahlwerbungen stehen einige Gewinner schon jetzt fest: die Druckereien. Seit drei Monaten glühen die Druckmaschinen Tag und Nacht und ein jedweder Besitzer einer Kopiermaschine hat sprichwörtlich eine Lizenz zum Gelddrucken. Obwohl sich die Polizei und das Militär am Wahlkampf nicht beteiligen dürfen, sind schon vermehrt uniformierte Walkampftrupps beim Plakatieren und Entfernen von Wahlmaterial unerwünschter Kandidaten durch Bildreporter abgelichtet worden und säumten unzählige Wahlberichte. Doch wer auch ins Parlament gewählt werden sollte, die afghanische Verfassung begünstigt sehr stark den Präsidenten und schwächt das Parlament. Präsident *Karzai* hatte schon in der Vergangenheit durch geschickte Personalrochaden seine eigene Macht weiter ausgebaut und die seiner Minister und der National Assembly reduziert. Wie die nächsten politischen Schachzüge des Präsidenten nach den Wahlen aussehen werden, weiß derweil mit Sicherheit noch niemand, obwohl schon jetzt in den Teehäusern Kabuls genug Gerüchte für mindestens ein halbes Dutzend Kabinettsumbildungen zirkulieren.

AUSBLICK

Die Wahlen mitsamt Verlauf, Beteiligung und Ausgang werden die Geschicke des zentralasiatischen Landes maßgeblich in Zukunft beeinflussen. Sichere Prognosen abzugeben erscheinen momentan unmöglich, doch lassen sich gewisse Tendenzen aus den Ereignissen der letzten Zeit interpretieren. Nach den letzten ruhigen Wochen bis Ende August könnte die Eskalation immer weiter zunehmen und sich in verheerende Anschläge kurz vor den Wahlen im Zeitraum vom 09.09.-17.09.2005 ausufern. Die Wahlauszählung und Bekanntgabe fällt zudem in den Ramadan und kann daher als zusätzlich bedeutend bezeichnet werden, da große Volksversammlungen aus religiösem Anlass von oppositionellen Kräften als Anschlagssziele wahrgenommen werden könnten. Ziel vieler Regierungsgegner in dieser Phase der Wahlen ist die Verhinderung bzw. Verzögerung und Überschattung der Wahl sowie die Ermordung der Kandidaten und Wahlbeteiligten. Viele Kandidaten wurden schon auf schreckliche Art und Weise getötet. Da jedoch sehr viele Personen aus fragwürdigem Umfeld auf den Wahllisten stehen, ist es auch denkbar, dass eine bedeutende Eskalation erst bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse um den 15. Oktober 2005 stattfinden wird. Enttäuschte Kandidaten, Wähler und Clans werden vielleicht versuchen ihren Unmut in Gewalt umzumünzen. Zusätzlich könnte das Verfahren der Nachrücklisten zu möglichen Attentaten auf frischgewählte Abgeordnete führen, um so doch noch ins Parlament einzuziehen und wichtige Interessen vertreten zu können.



Ferner könnte es zu Sabotageakten beim Transport der Wahlunterlagen kommen. Ziel während dieser Zeitperiode ist die nachhaltige, machtpolitische Beeinflussung.

Das Umfeld von Repression, Mord und Unterdrückung geben dem afghanischen Wahlkampf bislang einen schalen Beigeschmack, der daran erinnert, dass es sich bei den Wahlen tatsächlich um eine Wahl zwischen Diktatur und Demokratie handelt. Denn wenn Kriegsfürsten, Drogenbarone und zwielichtige Kommandanten auf Grund von Direktwahlen in das Parlament einziehen, dann werden die Wahlen in Afghanistan als eine demokratische Todgeburt in die Geschichtsbücher eingehen.

Das Zitat der schweizerischen Aphoristikerin *Jeannine Luczak*, die vor rund 100 Jahren feststellte, dass Demokratie heißt, die Wahl zu haben und Diktatur heißt, vor die Wahl gestellt zu werden, wäre dann in Afghanistan außer Kraft gesetzt.



Kabul, den 04.09.2005

Länderbüro AFGHANISTAN

Dr. Babak Khalatbari

E-Mail: kas.kabul@ceretechs.com

<http://www.kas.de/proj/home/home/80/1/index.html>

Sitzverteilungen in Wolesi Jirga und den Provincial Councils

Seat distribution

Province #	Name	Population	Wolesi Jirga		Provincial Council	
			Total seats	Women	Total seats	Women
		21,677,700	239	65	420	124
1	Kabul	3,013,200	33	9	29	8
2	Kapisa	367,400	4	1	9	3
3	Parwan	550,200	6	2	15	4
4	Wardak	496,700	5	2	9	3
5	Logar	326,100	4	1	9	3
6	Ghazni	1,020,400	11	3	19	5
7	Paktia	362,100	4	1	9	3
8	Paktia	458,500	5	1	9	3
9	Khost	478,100	5	1	9	3
10	Nangarhar	1,237,800	14	4	19	5
11	Kunar	374,700	4	1	9	3
12	Laghman	371,000	4	1	9	3
13	Nuristan	123,300	2	1	9	3
14	Badakhshan	790,200	9	2	15	4
15	Takhar	811,700	9	2	15	4
16	Baghlan	748,000	8	2	15	4
17	Kunduz	817,400	9	2	15	4
18	Samangan	321,500	4	1	9	3
19	Balkh	1,052,500	11	3	19	5
20	Jowzjan	443,300	5	1	9	3
21	Sar-i-Pul	463,700	5	1	9	3
22	Faryab	824,500	9	3	15	4
23	Badghis	412,400	4	1	9	3
24	Herat	1,515,400	17	5	19	5
25	Farah	420,600	5	1	9	3
26	Nimroz	135,900	2	1	9	3
27	Helmand	767,300	8	2	15	4
28	Kandahar	971,400	11	3	15	4
29	Zabul	252,700	3	1	9	3
30	Uruzgan	291,500	3	1	9	3
31	Ghor	574,800	6	2	15	4
32	Bamyan	371,900	4	1	9	3
33	Panjsher	127,900	2	1	9	3
34	Daikundi	383,600	4	1	9	3

Reserved for kuchi:	10	3
Total seats	249	68